

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe **050** 12.4.2024

Der nächste ideologische Schlag gegen den gesunden Menschenverstand: Die Ampel beschließt das „Selbstbestimmungsgesetz“

Liebe Leserin, lieber Leser,

am heutigen Freitag wurde das „[Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften](#)“ final beraten und abgestimmt. Mit diesem Gesetzentwurf will die Ampel-Koalition das Transsexuellengesetz in Deutschland ersetzen.

Nach dem Gesetzentwurf soll transsexuellen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ermöglicht werden, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidungen zu ändern. Die Änderungen sollen beim Standesamt mit einer „Erklärung mit Eigenversicherung“ möglich sein. Laut Gesetzentwurf kann nach einem Jahr erneut eine Erklärung zur Änderung des Geschlechtsantrages und des Vornamens abgegeben werden.

Für Minderjährige sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Kinder bis 14 Jahre sollen durch bloße Erklärung ihrer Eltern den Geschlechtseintrag ändern können.

Jugendliche ab 14 Jahren sollen eine Änderung selbst erklären können. Die Erklärung bedarf der Zustimmung der Sorgeberechtigten. Stimmen die Eltern als gesetzliche Vertreter nicht zu, so ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht. Können sich die Eltern nicht einigen, kann das Familiengericht auf Antrag eines Elternteils diesem die alleinige Entscheidung übertragen. Maßstab ist das Kindeswohl.

Das Gesetz verbietet mit dem Offenbarungsverbot zudem die Offenlegung früherer Geschlechtseinträge oder Namen gegen den Willen der betroffenen Menschen.

Mit dem Gesetzentwurf wird für den Zugang zu Einrichtungen und Räumen sowie zur Teilnahme an Veranstaltungen auf die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, verwiesen.



Das Gesetz trifft keine Bestimmungen in Bezug auf medizinische Maßnahmen zur Angleichung der Geschlechtsmerkmale. Hier gelten weiterhin die einschlägigen medizinischen Regelungen und Leitlinien.

Das war die sachliche Zusammenfassung, hier nun meine Bewertung:

Das Selbstbestimmungsgesetz bleibt trotz Änderungen eine **Katastrophe** für den Kinder- und Jugendschutz und für die Sache der Frauen!

Es ist verantwortungslos, verpflichtende Gutachten für Minderjährige durch bloße Beratungen zu ersetzen. Experten-Gutachten können Persönlichkeitszweifel und Pubertätsphasen bei Jugendlichen besser erkennen und vor übereilten Fehlentscheidungen schützen. Einfache Beratungen hingegen nicht. Außerdem verlangt die Ampel keine Nachweise über eine Beratung, es reicht lediglich eine „Erklärung“, dass eine Beratung erfolgt ist – das alles wird vor allem eine Finanzierungsmaßnahme für neue LGBTQ-Beratungsstellen!

Die berechtigten Bedenken vieler Frauen und Mädchen hat die Ampel ignoriert. Der Zugang von Männern, die sich als Frauen identifizieren, zu Frauenschutzräumen bleibt ungeregt. Zahlreiche Frauen und Mädchen werden sich in Frauenumkleiden, in Sportvereinen und in Frauenhäusern unwohl fühlen und sich in letzter Konsequenz aus diesen Schutzräumen zurückziehen.

Schließlich ist es naiv, dass Änderungen von Geschlecht und Vornamen nicht automatisch an Sicherheitsbehörden übermittelt werden, um Fahndungslisten zu aktualisieren. Ab November wird es möglich sein, seine Identität mit einer einfachen Erklärung vor dem Standesamt zu ändern und die Sicherheitsbehörden erfahren hiervon nichts. Beim Standesamt erfolgt keinerlei Abgleich mit anderen Datenbeständen, um einen Missbrauch auszuschließen.

Der Standesbeamte kann eine solche Erklärung zur Identitätsänderung auch nicht einfach ablehnen. Mit einem neu ausgestellt Pass wird es Personen dann möglich sein, an deutschen Flughäfen auszureisen, auch wenn diese bereits auf Fahndungslisten geführt werden. Kriminelle können so einen Identitätswechsel dazu ausnutzen, um Polizeikontrollen zu entweichen oder unerkannt auszureisen.

Unsere Gesetzentwürfe und Anträge zur Bekämpfung des Antisemitismus

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus auf deutschen Straßen, in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Bürgerinnen und Bürger, Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe.



In unserem Leitantrag zur Vereinbarten Debatte am 9. November 2023 – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ – haben wir festgehalten: Der Staat Israel und die Jüdinnen und Juden in Deutschland können sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und übermorgen noch gelten, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert oder zu Ende ist. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre Parolen auf deutsche Straßen tragen.

Dieses Versprechen lösen wir ein. In unserem [Leitantrag](#) haben wir 49 Punkte für eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus niedergelegt.

Bedauerlicherweise waren die Fraktionen der Ampel-Koalition nicht bereit, mit uns ernsthaft über gemeinsame Positionen zur Bekämpfung des Antisemitismus zu sprechen. Wir werden deshalb in dieser Woche unsere eigenen Initiativen und Gesetzentwürfe erneut in den Deutschen Bundestag einbringen. Unsere Forderungen beinhalten insbesondere die Schließung von Strafbarkeitslücken bei antisemitischen Hassdemonstrationen, Anpassungen im Staatsangehörigkeitsrecht zur Verhinderung der Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Bildung und Forschung.

Meine Haltung ist glasklar:

Antisemitismus darf in Deutschland keinen Platz haben. Wir stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden. Sie müssen in Deutschland sicher und ohne Angst leben können.

Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland.

Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der De-Industrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen.

Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. [Unsere Vorschläge](#) stellen wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Deutschen Bundestag und geben der FDP-Bundestagsfraktion die Gelegenheit, sich diesem anzuschließen.



Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte: Darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Ampel beschlossenen Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und die Halbierung der Netzentgelte.

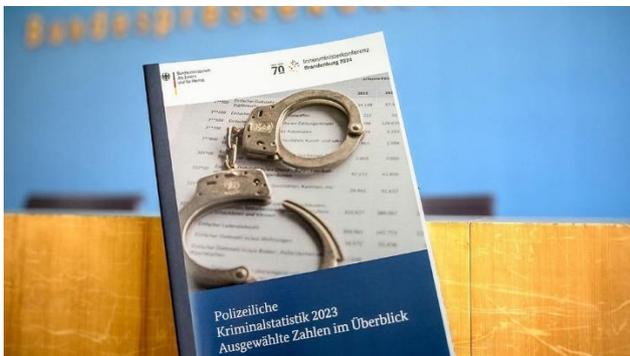
Aktuelle Stunde:

[Ursachen und Konsequenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023](#) – **Steigende Kriminalität auch im Kontext der aktuellen Migrationslage nicht länger hinnehmen**

In dieser Woche wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 bekannt. Die Zahl registrierter Straftaten in Deutschland ist demnach um 5,5 Prozent auf 5,94 Millionen gestiegen.

Die Anzahl der Fälle von Gewaltkriminalität erreichte rund 214.000 Fälle. Das ist der höchste Stand seit 2007 und ein Anstieg um 18,3 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019. Auch die Zahl der Tatverdächtigen stieg deutlich, nämlich um 7,3 Prozent auf 2,2 Millionen. Von diesen haben 923.269 Personen keinen deutschen Pass, das sind rund 41 Prozent. Zum Vergleich: Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung betrug Ende 2022 ca. 15 Prozent.

Bei Kindern und Jugendlichen fällt der Anstieg besonders deutlich aus: Im Jahr 2023 wurden 104.233 tatverdächtige Kinder ermittelt. Der Wert liegt um 43,0 Prozent als im Vor-Corona-Jahr 2019. Die Anzahl der als tatverdächtig registrierten Jugendlichen liegt mit 207.149 um 17,0 Prozent über dem Wert von 2019 (177.082 Tatverdächtige). Der Anstieg bei den Kindern und Jugendlichen zeigt sich vor allem bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen.



Diese Zahlen sind ein Alarmsignal, insbesondere was den hohen Anteil von Ausländern unter den Tatverdächtigen betrifft. Wir machen diese Zahlen deshalb in dieser Sitzungswoche im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ zum Gegenstand der Parlamentsdebatte.

Die deutliche Zunahme der Kriminalität im zweiten Jahr in Folge ist besorgniserregend. Gerade die Höchststände bei der Gewaltkriminalität, bei Straftaten durch Kinder und Jugendliche sowie der überproportionale Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen sind erschreckend.

Diese Entwicklungen bedürfen einer klaren und wirksamen politischen Antwort. Jetzt ist die Bundesinnenministerin gefragt: Frau Faeser muss mit ihren Länderkollegen schnellstens einen Aktionsplan erarbeiten. Polizei und Justiz brauchen jetzt unsere maximale Unterstützung. Die Bundesregierung muss ihnen den Rücken stärken, anstatt ihnen – mit Extremismus-Verdächtigungen und neuen Aufsichtsstellen – in den Rücken zu fallen. Ein wichtiger Schritt wäre zudem ein „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“, damit Strafe möglichst rasch auf dem Fuße folgt. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden ist das wichtig.

Die Bundesregierung muss darüber hinaus ihre Prioritäten neu und richtig ordnen. Sie muss auch unbequeme Wahrheiten in den Blick nehmen. Dazu gehört, dass die weiter hohe irreguläre und unkontrollierte Migration immer mehr auch zu einem Sicherheitsrisiko wird.

Sicher **kein** Mittel, die Aufklärung von Straftaten zu verbessern, ist der **Ampel-Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung**

Die Ampel-Koalition hat eine schwere Fehlentscheidung gegen den Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Missbrauch getroffen. Das Quick-Freeze-Verfahren statt der Speicherung von IP-Adressen ist als Ermittlungswerkzeug für die Sicherheitsbehörden völlig unzureichend. Zurecht weisen Sicherheitsexperten darauf hin, dass Daten, die mangels Speicherpflicht gar nicht mehr vorhanden sind, auch nicht ‚eingefroren‘ werden können.

Wir sagen: Die Einführung einer Speicherpflicht von IP-Adressen zur Verbrechensbekämpfung ist unverzichtbar, weil die Adressen bei der Verfolgung des sexuellen Kindesmissbrauchs oftmals der einzige Ermittlungsansatz sind.

Der Eingriff in Grundrechte bei der IP-Adressen-Speicherung ist gering, weil es sich eben nicht um eine ‚Vorratsdatenspeicherung‘ von Telefon- und Nachrichtendaten handelt. Persönlichkeits- und Bewegungsprofile sind ausgeschlossen.

Die Ampel-Regierung sieht mit ihrem faulen Kompromiss weiterhin tatenlos zu, wie Ermittlungen gegen Missbrauchstäter im Nichts enden. Zehntausende von Verdachtsfällen auf Kindesmissbrauch können so jedes Jahr nicht weiterverfolgt werden. Die grausamen Täter kommen ungeschoren davon. Justizminister Buschmann und Bundesministerin Faeser lassen die Kinder allein, die Opfer sexuellen Missbrauch sind. Es ist skandalös, dass die Ampel sich für Datenschutz statt Opferschutz entscheidet. Die Konsequenzen dieses ideologischen Irrwegs müssen die Schwächsten in unserer Gesellschaft tragen!

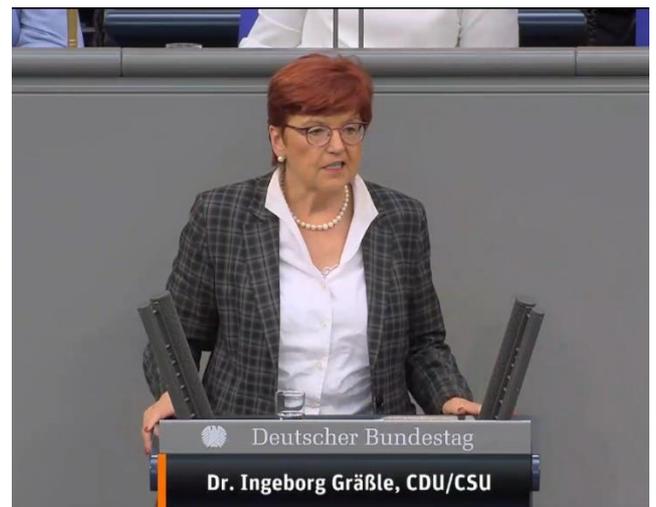
In unserem [Antrag](#)
Notwendige Nutzung der Kernenergie in der Energiekrise – Rückbau stoppen, Moratorium umsetzen

stellen wir fest: Die Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke im April 2023 – mitten in der Energiekrise – war ein Fehler. Ein Weiterbetrieb dieser Anlagen hätte entscheidend zur Sicherung der Energieversorgung, zur Senkung der Strompreise, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zum Klimaschutz beigetragen.

Deutschland kann auf die Kernenergie nicht verzichten – zumal viele andere europäische Länder die Laufzeiten ihrer Kraftwerke verlängern oder neue Anlagen planen. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – betonen wir die Bedeutung der Kernenergie für eine emissionsarme Stromversorgung. Wir fordern, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu stärken.

Unser Ziel ist es, ein Rückbau-Moratorium für die zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke zu erwirken, die Förderung der Fusionsenergie voranzutreiben und den internationalen Austausch zur Nutzung der Kernenergie zu intensivieren.

Video der Woche



Bereits zum **22. Mal** durfte ich in dieser Woche für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ans Rednerpult treten.

Anlass war ein mehr als überflüssiger Antrag der AfD, mit dem diese versuchte, die Erfolgsgeschichte des EURO in ein negatives Licht zu setzen.

Angesichts des anhaltenden Erfolgs unserer gemeinsamen Währung war es nicht schwer, darauf die passende Antwort zu finden: [KLICK](#)

Dazu auch

(Mein) Zitat der Woche

«Ich habe übrigens extra für Ihren Antrag das kleinkarierte Jackett angelegt.»

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP).

(Ich selbst in der Debatte zum AfD-Antrag „22 Jahre Euro in Deutschland“.)

Besuchergruppe in Berlin



Mit großer Freude konnte ich Mitte März die Landfrauen aus Schwäbisch Gmünd und Auenwald sowie einige Damen der Frauen Union Ostalb in Berlin begrüßen.

Bei der politischen Reise gab es Gespräche in Ministerien, unter anderem dem für Gesundheit. Auch die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen wurde besichtigt, ebenso der Deutsche Bundestag mit einem Besuch auf der eindrucksvollen Kuppel. Natürlich ließ ich es mir nicht nehmen, ausführlich mit den Damen zu diskutieren.

Ich sehe diese Fahrten als eine Art „Anerkennung für die vielen Leistungen im Ehrenamt“ und möchte mich auch an dieser Stelle für die unermüdliche Arbeit bedanken!